

Eidg. Departement Verteidigung, Bevölke-
rungsschutz und Sport VBS
Delegierter des Chefs VBS für Air2023
Bundeshaus-Ost
3003 Bern

christian.catrina@gs-vbs.admin.ch

Bern, 6. September 2018

Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums: Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB bedankt sich für die Möglichkeit, sich zur obgenann-
ten Vorlage äussern zu können.

Der Planungsbeschluss sieht vor, dass für die Jahre 2023 bis 2032 ein Finanzvolumen von maximal
8 Mrd. Franken zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums gesprochen wird. Im selben
Zeitraum sind zudem weitere 7 Mrd. Franken für Beschaffungen der Armee in anderen Bereichen
vorgesehen. Die Beschaffungen sollen dem Parlament dann in einem oder in mehreren Rüstungs-
programmen beantragt werden. Der Bundesbeschluss hält zudem ausdrücklich fest, dass auslän-
dische Firmen, die Aufträge erhalten, 100% des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen
in der Schweiz zu kompensieren hätten.

Der erläuternde Bericht äussert sich zur Vorlage dahingehend, dass die Erneuerung der Mittel für
den Schutz des Luftraums – Kampfflugzeuge und bodengestützte Abwehr – notwendig sei, um
sicherzustellen, dass die Luftwaffe «in einer Situation erhöhter Spannung von mehreren Wochen»
den Luftraum permanent überwache, bei Verletzungen des Luftraums unverzüglich mit Kampfflug-
zeugen eingreifen und jederzeit bedrohliche Flugobjekte abschiessen könne. Das, so der erläu-
ternde Bericht weiter, stärke die Glaubwürdigkeit der Neutralität und senke das Risiko, dass eine
Konfliktpartei durch die Verletzung des schweizerischen Luftraums militärische Vorteile gewinne.

Dass nun die Investitionen für die Mittelbeschaffung zum Schutz des Luftraums und für andere
Bereiche der Armee im Umfang von insgesamt 15 Mrd. Franken innert 10 Jahren anfallen sollen,
sei darauf zurückzuführen, dass der Armee seit 1990 die Mittel stark gekürzt worden seien und die
Beschaffung der Gripen-Kampfflugzeuge in der Volksabstimmung von 2014 abgelehnt worden
sein. Eine Investitions- und Finanzplanung zu diesem gesamten Finanzvolumen von 15 Mrd. Fran-
ken will das VBS dann Ende 2018, nach Abschluss dieser Vernehmlassung, vorlegen.

Der SGB-Vorstand hat sich 2014 zur Gripen-Beschaffung ablehnend geäussert. Damals ging es
«lediglich» um 3 Mrd. Franken. Die Gründe für die Nein-Parole haben auch heute noch Gültigkeit,
tendenziell hat sich die Ausgangslage in diversen Themenbereichen in den letzten Jahren eher
noch verschärft. Investitionen sollten in anderen Bereichen getätigt werden als in die Beschaffung
von Kampfflugzeugen fliessen:

Die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Neutralität lässt sich am besten belegen, indem sich die Schweiz entschieden für die Umsetzung von internationalen Vereinbarungen in der Entwicklungszusammenarbeit und im Umweltschutz einsetzt. Die Agenda 2030 der UNO bietet die Grundlage dafür. Die Mitarbeit in der ILO, die im nächsten Jahr das 100-Jahr Jubiläum feiert, sorgt für eine nachhaltige und langfristige Förderung der sozialen Gerechtigkeit und für faire Arbeitsbedingungen. Das Engagement der Schweiz in der Entwicklungszusammenarbeit sollte unbedingt verlässlicher ausgestaltet sein. Es ist schädlich und für die Arbeit der NGOs ganz schwierig, wenn dieses Budget jedes Jahr zum Spielball parteipolitischer Taktiken wird.

Die finanzielle Stabilisierung der AHV ist eine der grossen Aufgaben der kommenden Jahre, die Frage der sozialverträglichen Finanzierung der Gesundheitsversorgung eine weitere. Aktuell profitiert der Bund von einer ausserordentlich guten Einnahmensituation, die Lage ist aber aufgrund diverser steuerpolitischer Vorhaben und im internationalen Umfeld bereits ab 2020 unwägbar.

Eine deutliche Verletzlichkeit zeigt die Schweiz mit ihren gut ausgebauten Infrastrukturen und Netzindustrien beim Cyberschutz. Der Bundesrat wäre gut beraten, hier ganz rasch die Kooperation mit der EU und den Nachbarländern zu suchen, die jetzt gezielt in die Cybersicherheit und in die Forschung zum Cyberschutz investieren. Das ist zentral für den Bevölkerungsschutz: nicht nur Stromversorgung und Telekommunikation, sondern auch alle Spitäler, die Langzeitpflege, die Sozialwerke und Schulen hängen heute von einem guten Cyberschutz ab. Ein Eingriff oder Angriff auf die digitalen Strukturen der Bevölkerungsversorgung ist nach unserer Einschätzung heute realistischer als eine Verletzung unseres Luftraums durch feindliche Konfliktparteien.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Dore Heim
Zentralsekretärin